

Arbeitsgesellschaft im Wandel

Susanne Völker | Michèle Amacker (Hrsg.)

Prekarisierungen

Arbeit, Sorge und Politik

BELTZ JUVENTA

Leseprobe aus: Völker/Amacker (Hg.), Prekarisierungen,
ISBN 978-3-7799-3045-7, © 2015 Beltz Verlag, Weinheim Basel
<http://www.beltz.de/de/nc/verlagsgruppe-beltz/gesamtprogramm.html?isbn=978-3-7799-3045-7>

Prekarisierungen. Arbeit, Sorge und Politik.

Einleitung

Susanne Völker und Michèle Amacker

Die Diskussion um *Prekarisierung* als wesentliche Dynamik aktueller Transformationsprozesse, die Ende der 1980er-Jahre disziplinär und feldspezifisch ihren Ausgang in der Arbeitssoziologie nahm, ist mittlerweile zu einem *Querschnittsthema* geworden, über das gesellschaftstheoretische Fragen reformuliert, zeitdiagnostische Analysen qualifiziert und grundlegende Fragen an das ‚Soziale‘, an die Beschaffenheit von Leben und an Möglichkeiten des Handelns neu und erneut verhandelt werden. An diese weitreichende, gleichermaßen theoretische und empirische, gesellschaftsanalytische und praxeologische, zeitdiagnostische und erkenntnistheoretische Diskussion möchten wir mit dem vorliegenden Band überwiegend aus feministisch geprägten Theoriebildungen anknüpfen.

Wie sind gegenwärtige Umbrüche in ihren Differenzsetzungen, ihren Rekonfigurierungen von Ungleichheiten, aber auch in ihrer Offenheit, Unbestimmtheit zu beschreiben? Welche Möglichkeiten für feministische Interventionen zeigen sich? So lauteten die Fragen der Kölner Tagung *Feministische Kritik in Zeiten der Prekarisierung*, die Ende 2011 einen ersten Impuls zur vorliegenden Publikation gab.

Inzwischen haben wir eine weitverzweigte, elaborierte, inter- und transdisziplinäre, kultur- und sozialwissenschaftliche, queertheoretische und philosophische Debatte um *das Prekäre*, die unterschiedliche Felder, Konzepte und mithin breit geteilte Grundverständnisse von Arbeit, von Sozialität und Sorge, von Politik befragt und verhandelt: *Was stellt sich neu oder anders, wenn gesellschaftliche Normen, Institutionen und Praktiken vor dem Hintergrund des Prekären als ontosozialer Dimension und von Prekariisierung als aktueller sozialer Dynamik und als Regierungsmodus gelesen werden?*

1. Problematisierungen

Aus unserer Sicht stechen vier Problematisierungen hervor, die im vorliegenden Band in den Blick genommen werden. Ohne den Beiträgen der Autor_innen vorgreifen zu wollen, möchten wir diese einleitend knapp skizzieren:

Transformationen der postfordistischen Prekarisierungsgesellschaft

Mit der postfordistischen ‚Prekarisierungsgesellschaft‘ (Marchart, 2013) haben wir es – so der derzeitige Konsens und Ausgangspunkt der (feministischen) Arbeitssoziologie – mit einem folgenreichen Abschied von der ‚männlichen‘ Normalarbeit und ihren bisherigen institutionellen Regulierungen zu tun. Die Zeitdiagnose der ‚Prekarisierungsgesellschaft‘ meint jedoch mehr. Es geht sowohl um den Wandel der Organisation von (Erwerbs-)Arbeit insgesamt und damit verbundener Geschlechterregime als auch um die neu aufgeworfene ‚soziale Frage‘ nach gesellschaftlicher Integration jenseits der Erwerbsarbeit, nach gesellschaftlicher Ent- und Einbindung, nach Kohäsion und Zusammenhalt. Die gesellschaftsanalytisch ausgerichtete These von der postfordistischen ‚Prekarisierungsgesellschaft‘ richtet daher den Blick auf die *Veränderungen in den Herrschaftsmodi* und *in den unterschiedlichen gesellschaftlichen Regulierungsregimen* (Arbeit, Staatsbürger_innenschaft, Geschlechterverhältnisse, die Organisation des Kontinuums von ‚Sex-Aufmerksamkeit-Sorge‘ (*Precarias a la Deriva*)). Der Dynamik der Entsicherung/Unsicherheit kommt dabei sowohl für *institutionelles Handeln* als auch für die *Selbstverhältnisse der Agierenden* eine herausragende Bedeutung zu. Dies zeigt sich in dem Ineinandergreifen von (sozial-)staatlichem Aktivierungsparadigma, Regierungsstrategien der Immunisierung gegen gefährliche und sozial ‚unwürdige‘ Prekäre und von Selbst-Regierungsweisen sich als autonom verstehender (Markt-)Subjekte. Prekarisierung – verstanden als umfassende Entsicherung sozialer Verhältnisse (Völker, 2009; 2011) – steht jedoch zugleich für die Expansion von Unbestimmtheiten, die sich quer durch den sozialen Raum, durch unterschiedliche Akteur_innengruppen und durch soziokulturelle Klassifikationen ereignen. Dabei sind nicht alle sozialen Akteur_innen gleichermaßen von Prekarisierung betroffen, die Logik der Regulierung durch Entsicherung interferiert vielmehr mit unterschiedlichen Benachteiligungs- und Privilegierungsdimensionen und motiviert keineswegs eindeutig gerichtete (Neu-)Relationierungen sozialer Praktiken und Institutionen.

Die Krise der Reproduktion

In der aktuellen feministischen Debatte werden – häufig in markt- und kapitalismuskritischer Ausrichtung (vgl. Aulenbacher, 2009) – *krisenhafte Prozesse der Reproduktion von sozialen Zusammenhängen, von Gesellschaft* insgesamt hervorgehoben. Mit der ‚Krise der Sozialen Reproduktion‘ geht es zunächst ganz grundsätzlich darum, dass gesellschaftliche Zusammenhänge als globalisierte und zugleich nationalstaatliche Raum- und Sozialkonstellationen sich nicht mehr in gewohnten Pfaden reproduzieren. Krise der sozialen Reproduktion meint, dass die Absicherung von Lebenskonstellationen gravierenden Änderungen unterliegt. Kerstin Jürgens (2010) hat für das ‚Reproduktionsmodell Deutschland‘ darauf hingewiesen, dass seine Krise die einstige fordistische Trias Erwerbsarbeit – Staat – Familie insgesamt herausfordere und transformiere. Hier ist bereits angelegt, dass die ‚Krisenprozesse‘ sehr unterschiedliche Impulse beinhalten. Aus unserer Sicht sind vor allem drei Aspekte der Krise der sozialen Reproduktion der westlichen, postfordistischen Prekarisierungsgesellschaften zu nennen:

Wir haben es erstens mit einer Krise der sozialen Position(-ierung) der Einzelnen und ihrer Lebenszusammenhänge durch die wachsende Instabilität und Prekarisierung zu tun. Dabei beeinflussen die Wandlungsprozesse in der nationalen und globalen Organisation von (Erwerbs-)Arbeit maßgeblich die Reproduktion von sozialen Positionen und die soziale Schichtung der Gesellschaft, aber auch die Möglichkeiten der Regeneration der Einzelnen durch verdichtete und zugleich flexibilisierte, prekarisierte, alltäglich auslaugende Arbeitsverhältnisse (Krise der Selbstsorge).

Zum Zweiten zeigt sich die Krise der sozialen Reproduktion als Verschärfung von sozialen Zumutungen und als Überlastung der ‚privaten‘ Lebenszusammenhänge, die die verschiedenen sozialen Klassenmilieus sehr unterschiedlich treffen und von ihnen ebenfalls höchst unterschiedlich bearbeitet werden. Dies betrifft einmal die Veränderung wohlfahrtsstaatlichen Handelns als Aktivierungspolitik, diesem paradoxen Pendant zu den erwerbsbezogenen Prekarisierungsprozessen. Denn in dem historischen Moment, in dem soziale Sicherung über Einbindung in die Erwerbsarbeit ungewiss wird und nicht mehr garantiert ist, werden als legitim anerkannte Ansprüche auf staatliche Transfer- und Versicherungsleistungen umso strikter an die vorgängige oder aktuelle Eingebundenheit in den Arbeitsmarkt gebunden (vgl. auch Scheele, 2010). Initiiert wurde diese Politik im deutschen Kontext in den Jahren 2003 bis 2005 unter der Ägide der sozialdemokratisch-grünen Bundesregierung durch die Empfehlungen der Kommission Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt und der (nach dem Leiter der Kommission Peter Hartz benannten) Hartz-Gesetzgebung. Diese

radikale Reduktion von Sozialpolitik auf Wirtschaftspolitik hat sich mit der Finanz- und Schuldenkrise ab 2008 gerade für die Armutsbetroffene noch verschärft.

Drittens haben wir es mit einer Krise der Reproduktion der kapitalistischen Gesellschaft durch die gleichzeitige Kommerzialisierung und Privatisierung von *Care*, verstanden als Erziehungs-, Bildungs-, Pflege- und Sorge-Arbeiten, zu tun. Das Ineinandergreifen von Prekarisierungsprozessen und Aktivierungspolitiken verschärft Sorgekonflikte, die sich als ‚Versorgungslücke‘ im Bereich der Pflege von älteren und auf umfassendere Hilfe angewiesenen Menschen und in der Kinderbetreuung (vgl. Auth, 2009) zeigen. Die nationalen Politiken der Vermarktlichung eines ökonomistisch verkürzten Sozialen forcieren mit der Verdrängung jener Dimensionen des Prekären, die queerfeministisch als grundlegende, sozialontologische Verbundenheit und Angewiesenheit von Leben herausgearbeitet wurden, eine tief greifende Krise der Sorgetätigkeiten in transnationaler Dimension. Sie artikulieren sich als Mischung von Refamilialisierung und selektiv-klientelbezogener öffentlicher Daseinsvorsorge (vgl. Winker, 2012), als Kommerzialisierung und globalisierte Ausbeutung durch die Instrumentalisierung von Migration und Abschöpfung von *Care*-Arbeitskräften aus ärmeren Ländern (*care drain*).

Verschränkungen von Privilegierungs- und Benachteiligungsregimen im Modus der Prekarisierung

Vertiefte Analysen zu den *Verflechtungen von Alltagspraktiken, Politiken und Vergesellschaftung* im Modus der Prekarisierung weisen aktuell einerseits auf die Expansion und Vervielfältigung von Privilegierungs- und Benachteiligungsregimen hin. Neue Differenzsetzungen zwischen aktivierten Bürger_innen/Leistungsträger_innen und unwürdigen, passiven Leistungsempfänger_innen (van Dyck, 2013) und Verknüpfungen von Prekaritätspolitiken mit Migrations- und Geschlechterregimen (Jungwirth/Scherschel, 2010) zeigen die Zuspitzung und Feindifferenzierung von sozialen Ungleichheiten. Loïc Wacquant (2013) hat für dieses staatliche Regierungshandeln die Metapher des „Schleppnetzes“ (ebd., S.300) gefunden. Dessen Maschen sind darauf ausgerichtet, dass sich Lebensführungen, soziale (Notlagen-)Konstellationen und Praktiken von Menschen aus den unteren Regionen des sozialen Raums darin verfangen, und diese somit zu unwürdigen, verfemten Gruppen sozialer Randständigkeit gemacht werden können. Den Prozessen sozialer Spaltung – dem Abwerten und Ausgrenzen von prekären Leben – korrespondieren die Sicherungsangebote eines selektiven Sozialstaats an die integrierte Mitte der ‚Leistungsträger_innen‘.

Zugleich zeigen sich aber im Alltäglichen, im praktischen Handeln der Akteur_innen Infragestellungen – etwa des Monopols der Arbeit als Institution sozialer Integration – und veränderte Anordnungen von Arbeit/Nichtarbeit, Sorge/Verletzbarkeit und Handlungsfähigkeit/Relationalität. Der prekäre Alltag, das Alltägliche geht nicht in dem Regieren durch Prekarisierung auf, es unterläuft mitunter die politisch induzierten Differenzsetzungen oder verschiebt zumindest die Bezugsgrößen hin zur Mehrdeutigkeit des praktischen Ereignens und Einbindens.

Prekärsein und Empfänglichkeit – Reformulierungen des Politischen

Die Frage, die sich (feministische) Theoretiker_innen immer wieder neu zu stellen haben, ist, wie die wissenschaftliche Debatte als Welt (mit-)hervorbringende Praxis teilhaben kann an der Ermöglichung anderer Verhältnisse, Politiken, Praktiken. Letztlich sind Fragen zu stellen wie: Wie wird Kritik ermöglicht? Welche Leitbilder und ‚anderen‘ Logiken gelte es zu stützen, welche Dynamiken zu forcieren? Inwieweit kann *Prekärsein* als Praxis der Verbundenheit von nicht-autonomen, aber handlungsfähigen Subjekten zum Ausgangspunkt für ein reformuliertes Verständnis des Politischen geltend gemacht werden, das wechselseitige Angewiesenheit, Ausgesetztheit *und* Verletzungsmacht beachtet (Völker, 2013)?

Athena Athanasiou und Judith Butler entfalten die Ermöglichung und das Offenhalten von „*Empfänglichkeit*“ (in Anschluss an Emmanuel Levinas, vgl. Butler/Athanasiou, 2014, S.135) als tragfähige Praxis sozialer Kämpfe und als politische Entgegnung gegen eine dominante Konzeption der Selbstverantwortung und der individualisierten, neoliberalen Responsibilisierung. Diese Verbreiterung der Empfänglichkeit „verstanden als Disposition anderen gegenüber“ (ebd., S.148) bedeute, „unsere affektiven Bande über die Grenzen von Ähnlichkeit und Gemeinschaft hinaus auszuweiten“ (ebd., S.254). Die aktuellen Erscheinungsformen sozialer und politischer Interventionen setzen auf alltägliche, gemeinsam zu teilende Praxen (etwa auf öffentlichen Plätzen) und das Durchbrechen der Trennung von ‚Öffentlichem‘ und ‚Privatem‘. Athanasiou und Butler sehen darin unseres Erachtens zu Recht das Realisieren der wechselseitigen, affektiven Bezogenheiten heterogener Leben, von „*Konvivialität*“ als „*einer alternative[n] Ökonomie von Körpern im Raum*“ (ebd., S.241). Dieses Politische ist dabei ein gemeinschaftliches, körperliches Ereignen von alltäglichen Praktiken gegen die biopolitische Instrumentalisierung, es ist die Realisierung von Relationalität – mehr ein *Tun* als ein Erklären.

2. Struktur des Bandes

Der vorliegende Band versteht sich als Debattenbeitrag zu einer feministischen Analyse von Transformationsprozessen, bei der die mit Prekarisierungen verbundenen theoretischen Herausforderungen und Optionen der Kritik ausgelotet, die analytische Reichweite, Bedeutungsvielfalt und Grenzen des Konzepts der Prekarität/Prekarisierung angesichts der global wachsenden Ungleichheiten und Unsicherheiten abgewogen sowie aktuelle empirische Ergebnisse präsentiert werden.

In Teil 1 des Bandes *Prekarisierung der sozialen Reproduktion: Sorgeverhältnisse in der Krise* wird die Frage der sozialen Reproduktion diskutiert: als veränderte Subjektivierungsweisen und -praktiken der Selbststrationalisierung, als gesellschaftliche Verdrängung von Sorge und Selbstsorge, als Transnationalisierung von *Care*-Arbeit und/oder als Kampffeld der Kritik der kapitalistischen Logik. Die unterschiedlichen Perspektivierungen von Sorge als Relationalität, Politik und Praxis stimmen darin überein, *Sorge zum Ausgangspunkt für Kritik und für andere Politiken zu machen*. Alle Beiträge fragen nach Möglichkeiten der Intervention beziehungsweise der angemesseneren gesellschaftlichen Verortung von Sorge: als strategischer Punkt der Herrschaftskritik und Grundlage von Bürger_innenschaft (Lorey), als Kernpunkt eines neuen sozial- und geschlechterpolitischen Leitbildes (Auth/Klenner/Leitner), ‚Sorgsamkeit‘ als ein spezifischeres und zugleich umfassenderes (kapitalismus-)kritisches Konzept (Aulenbacher/Dammayr/Décieux) und *Care Revolution* als Kristallisationspunkt für Interventionen (Winker).

In dem Beitrag von *Isabell Lorey* wird in Anschluss an queertheoretische Konzeptionen das komplexe Feld des Prekären entfaltet. Im Mittelpunkt ihrer politik-theoretischen und -historischen Perspektive steht die Frage, in welcher Weise Politiken der Prekarisierung moderne Konzepte umbauen. Während in der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft die zentralen (liberalen) Ideen von Freiheit, Gleichheit und Eigentum ganz wesentlich über Politiken der Sicherung und des Schutzes des unabhängigen männlichen Bürger-Subjekts und über differenzsetzende patriarchale und kolonialistische Politiken bestimmt wurden, wird Herrschaft in gegenwärtigen neo-liberalen Regierungsvarianten weniger durch soziale Schutzlogiken denn durch die Anrufung des selbstverantwortlichen Subjekts legitimiert. In der ‚politisch gesicherten Unsicherheitsgesellschaft‘ wird die unsichere, prekäre Lage normalisiert und zugleich die Verwiesenheit auf Andere als bedrohlich verdrängt und abgewehrt. Freiheit bedeute daher als Aufgabe gelungener

Selbstregierung die Freiheit von Abhängigkeit. Entsprechend fragt Lorey, auf welche Weisen Strategien der Intervention und der Kritik gerade die ontosoziale Dimension des Prekären, das Nichtautonome, die Angewiesenheit und Verbundenheit zum Ausgangspunkt politischen Handelns nehmen können und müssen. Das Konzept der ‚Sorgegemeinschaft‘ (*cuidanía*) gründet gerade darauf, diese Relationalität mit anderen nicht zu dementieren oder ins Private zu verschieben, sondern politisch relevant zu machen.

Diana Auth, Christina Klenner und *Sigrid Leitner* nehmen in ihrem Beitrag die veränderten Rahmenbedingungen von Erwerbsarbeit und Sorge im transformierten bundesdeutschen Wohlfahrtsstaat in den Blick. Mit ihrer Bestandsaufnahme zu aktuellen Regelungen des aktivierenden *Workfare States* zeigen sie die ‚Überhöhung‘ der Erwerbsarbeit, die dem *Adult Worker Model* als neuem sozialpolitischen Leitbild eingeschrieben ist. Die neuen Sorgekonflikte erweisen sich als Mischung zwischen unabgeholtenen, mitgeschleppten, hochgradig vergeschlechtlichten ‚Vereinbarkeitsproblematiken‘ und neuen Problemlagen, die mittels Prekarisierung und Flexibilisierung von Erwerbsarbeit zugleich eine sozial selektive Emanzipation für hochqualifizierte Frauen ermöglichen und versteckte und/oder offene Diskriminierungen von anderen Lebensführungen beinhalten. Damit werden sorgeorientierte Lebenszusammenhänge weiterhin verdrängt, prekarisiert oder gar verunmöglicht. Die Autorinnen machen deutlich, dass es nicht mit einigen verbesserten, sozial gerechteren Regelungen getan ist, sie plädieren vielmehr für ein neues geschlechterpolitisches Leitbild. Dem *Adult Worker Model* setzen sie das *Earners and Carers Model* entgegen. Dieses habe zumindest das Potenzial, geschlechtsstereotype Arbeitsteilungen in Richtung eines Mehr an Geschlechtergerechtigkeit zu unterlaufen, die Bedürfnisse aller zum Ausgangspunkt und Kriterium der sozialpolitischen Regulierung zu machen und damit die (neuen) Sorgekonflikte zu entschärfen.

Brigitte Aulenbacher, Maria Dammayr und *Fabienne Décieux* rücken in ihrem Beitrag drei Aspekte in den Mittelpunkt: Zum einen arbeiten sie im Anschluss an die Überlegungen Judith Butlers die Weisen heraus, in denen Sorge als prekär zu begreifen ist. Sie betonen dabei, dass der der Sorge gewissermaßen ‚eigene‘ Maßstab der ‚Lebensdienlichkeit‘, der Berücksichtigung der Verletzbarkeit, Kontingenz und Nichtbeherrschbarkeit von Leben, in drastischer Spannung zur ‚Sorglosigkeit‘ und zum Beherrschbarkeitsdiktum kapitalistischer Gesellschaften stehe. Sie arbeiten Kernaspekte neoliberaler Sorgeregime von Gegenwartskapitalismen und deren Dynamiken unter dem Primat der Ökonomie heraus. Sie bestätigen als ‚gemeinsamen Fluchtpunkt‘ für den „kapitalistischen, aber auch andro- und eurozentrischen Herrschaftszusammenhang“ sowohl die Prekarisierung des Sorgens, ihre (Re-)Kommodifizierung und ausbeutende Inwertsetzung (am

Beispiel der Altenpflege in Österreich und Deutschland) sowie die Radikalisierung der über Sorgeverhältnisse vermittelten nationalen sowie inter- und transnationalen Ungleichheitsgefälle. Abschließend bringen sie als Gegenkonzept zur kapitalistischen Sorglosigkeit den Begriff der ‚Sorgsamkeit‘ in die Diskussion, der sich anders als die Begriffe der Selbst- oder Fürsorge stärker gegen vergeschlechtlichende Vereinnahmungen und aktivierende Instrumentalisierungen sträube und zudem „auf gesellschaftliche Naturverhältnisse im umfassenden Sinne, damit auch auf das außermenschliche Leben und ökologische Fragen dehnbar“ sei. In diesem Sinne sei die Frage der Sorgsamkeit unweigerlich auch eine kapitalismuskritische und mit der Diskussion um Post-Wachstum verknüpfbar.

Kapitalismuskritik in strukturtheoretischer Perspektive ist der Dreh- und Angelpunkt des Beitrags von *Gabriele Winker*. So sei Prekarität beständiger Teil des kapitalistischen Herrschaftsmodus, der auf dem notwendigen Verkauf der fragilen, eben nicht immer und gleichermaßen verfügbaren Ware Arbeitskraft beruhe. Für die Gegenwart arbeitet die Autorin in Übereinstimmung mit den vorgängigen Beiträgen vor allem die krisenhafte Entwicklung der – in einem umfassenden Sinn – sozialen Reproduktion heraus. Sie erfasse nicht ‚nur‘ die Einzelnen und ihre Lebenszusammenhänge, sondern beinhalte für das kapitalistische System Unwägbarkeiten und Dysfunktionalitäten, die sich aus dem „zugespitzten Widerspruch zwischen Profitmaximierung und Reproduktion der Arbeitskraft“ ergeben. In den aktuellen Krisenphänomenen, die sich sowohl im Bereich der Erwerbsarbeit wie auch in den Differenzsetzungen der Familien- und der Migrationspolitik zeigen, verknüpfen sich Heteronormativismen, Klassismen, Rassismen und Bodyismen zu vielschichtigen, intersektionalen Konstellationen. Idealtypisch konstruiert Gabriele Winker strukturell gerahmte Optionsräume für die Lebensführungen unterschiedlich situierter Akteur_innen. Deutlich wird, dass ihre vier Reproduktionsmodelle ungleiche Chancen, Privilegierungen und Benachteiligungen beinhalten, alle Varianten jedoch mit sozialen Leiden und zunehmenden Unsicherheiten verbunden sind. Insofern sieht sie Anknüpfungspunkte eines breiten Bündnisses für eine *Care Revolution*, die sowohl Fragen der individuellen Absicherung wie der kollektiven Daseinsvorsorge aus der Logik des sozialen Miteinanders in den Mittelpunkt des politischen Handelns zu stellen vermag.

In Teil 2 des Bandes *Politiken prekärer Positionierungen: Interdependenzen und Anfechtungen* geht es in den Diskussionsbeiträgen um die analytische Kraft des Konzepts der Prekarisierung im Hinblick auf Intersektionen und Interferenzen: Welche wechselseitigen Angewiesenheiten und Relationen zeigen sich in komplex konfigurierten Lebensführungen? Welche Rolle

spielen dabei wohlfahrtsstaatliche (De-)Regulierungen, staatliche Budgetkürzungen und Sparmaßnahmen (beispielsweise im Gesundheitssektor)? (Wie) Werden damit das Ineingreifen von und die Friktionen zwischen unterschiedlichen Geschlechter-, Migrations-, Körper- und Wohlfahrtsstaatsregimen greifbar? Inwiefern kann damit auch eine nationalstaatliche Rahmung und Beschränkung der Debatte aufgebrochen werden? Und wie können Protestbewegungen transformativ auf aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen einwirken? In den Blick genommen werden Versionen von Prekarisierung als Gefüge der Bevorteilung, der Stigmatisierung und der abgestuften Ausgrenzung, in denen sowohl Erfahrungen der internationalen (Asyl- und Flucht-) Migration (*Scherschel*) im Mittelpunkt stehen als auch Lebensführungen, Positionierungen und Zuschreibungen, die den dominanten gesellschaftlichen Normen nicht entsprechen (*Müller*). Abschließend wird danach gefragt, in welchen Politiken und Protestformen den finanz- und schuldenpolitischen Krisenregulierungen vonseiten bewegungspolitischer Akteur_innen begegnet wird und welche (neuen) Politikformen sich hier entwickeln (*Scheele*). Die gemeinsame Frage der hier versammelten Beiträge ist jene nach der Erweiterung des Prekaritätskonzepts um zusätzliche soziale Kategorien einerseits und einem Neudenken des Politischen andererseits. Dabei geht es ganz wesentlich darum, wie Differenzkategorien in prekären Konstellationen Rechnung getragen werden kann und – bei aller Unterschiedlichkeit – dennoch Möglichkeiten des Gemeinsamen (und nicht des Identischen) und damit auch der gemeinsam gelebten Demokratie eröffnet werden können.

Der Teil 2 beginnt mit dem Beitrag von *Karin Scherschel*, die sich – ausgehend von der bei Hannah Arendt beschriebenen Paradoxie der Menschenrechte – mit Prekarität im Kontext von Asyl- und Fluchtmigration befasst. Die Paradoxie zeige sich darin, dass „für Flüchtende mit dem Verlust der Rechte als Staatsbürger_innen auch der Verlust der Menschenrechte“ einhergehe. So wird die Frage der Umsetzung von Menschenrechten gerade in der Asylpolitik virulent: Scherschel geht von der Annahme aus, dass nationalstaatliche und europäische Grenzziehungen mittels systematischer Klassifikationen und Selektionen prekäre Menschenrechtszonen hervorrufen. Diese Klassifikations- und Selektionsprozesse werden im Beitrag aus der Perspektive der pragmatistischen Soziologie näher analysiert. Dabei zeigt sich, wie zentral es ist, die Macht von Klassifikationen kritisch zu beleuchten, denn migrationspolitische Klassifikationen sind nicht geschlechtsneutral. So wurden beispielsweise frauenpolitische Menschenrechtsverletzungen beziehungsweise frauenspezifische Fluchtgründe lange Zeit nicht anerkannt. Vielmehr sei das internationale Flüchtlingsrecht an den Erfahrungen von Männern und ihren Lebensrealitäten orientiert

gewesen. In Deutschland wurde erst mit dem Zuwanderungsgesetz 2005 eine geschlechtsspezifische, nicht-staatliche Verfolgung rechtlich anerkannt. Auch für die Prekaritätsforschung ist es deshalb unabdingbar, die Wirkmächtigkeit gesellschaftlicher Ordnungsvorstellungen herauszuarbeiten und kritisierbar zu machen.

Ausgehend von einem Prekaritätsverständnis nach Castel/Dörre untersucht der Beitrag von *Arne Müller* die besondere Situation ‚behinderter Menschen‘¹, besser: als behindert klassifizierter Menschen im Erwerbsleben. Diese wurden bislang, so die Kritik des Autors, kaum thematisiert in der Prekaritätsforschung: „Von einer nichtbehinderten Mehrheit als ohnehin nicht den Normalitätsstandards einer Gesellschaft entsprechend angesehen, werden Veränderungen ihrer Lebensumstände und die Zunahme behinderungsspezifischer Risiken möglicherweise gar nicht erst als prekär gesehen“. Arne Müller geht hingegen davon aus, dass gerade ‚behinderte Menschen‘ besonders anfällig für Prekarisierung sind. Im Artikel klärt der Autor zunächst, was in Deutschland als ‚Behinderung‘ gilt, wie viele Menschen betroffen sind und welchen spezifischen strukturellen Risiken sie auf dem Arbeitsmarkt begegnen. Das sogenannte kulturelle Modell von Behinderung erweist sich schließlich als fruchtbarer analytischer Rahmen, um neue Perspektiven auf die Prekaritätsforschung zu erlauben beziehungsweise bisherige Debatten zu kritisieren: Gerade weil ‚behinderte Menschen‘ von der ‚nichtbehinderten‘ vermeintlichen Normalität schon immer ausgegrenzt waren, stelle die ‚Erosion von Normalitätsstandards‘ für sie eine längst vertraute Erfahrung dar. Abschließend fordert der Autor dazu auf, die Perspektive ‚behinderter Menschen‘, die er als ‚prekarisierter Normalfall‘ bezeichnet, in künftigen Prekaritätsdiskursen zu reflektieren.

Der Artikel von *Alexandra Scheele* untersucht Protestbewegungen, die sich im Kontext aktueller Wirtschafts- und Finanzkrisen in (süd-)europäischen Ländern formiert haben. Diese sozialen Bewegungen schienen zunächst die Kraft zu haben, Einfluss auf die Politik zu nehmen und damit ein Umdenken sowie eine stärkere Kontrolle der Finanzmärkte zu erwirken. Doch blieb trotz anhaltender Proteste der gewünschte Erfolg scheinbar aus. Scheele nimmt in ihrem Beitrag eine andere Perspektive ein: Anstatt über Erfolg oder Misserfolg der Bewegungen nachzudenken, reflektiert sie, „welche Artikulations- und Protestformen gewählt wurden, um der Empö-

1 Wir übernehmen hier die Formulierung des Autors Arne Müller, einem Experten der *Disability Studies*. Gleichwohl haben wir uns entschieden, den Begriff mit einfachen Anführungszeichen zu rahmen, um den zuschreibend-klassifizierenden Charakter dieser Formulierung zu kennzeichnen und damit eine Essentialisierung möglichst zu verhindern.